

Kritische Auseinandersetzung mit der Politik Israels als Voraussetzung glaubwürdiger Erziehung und Friedensarbeit

Mitteilungen Nr. 237 (3/2018), S. 13

(Red.) Der Streit um die Grenze zwischen einer zulässige Kritik an der israelischen Politik und einem unterschwelligen Antisemitismus beschäftigt viele Mitglieder der HU. Johannes Feest hatte durch einen Beitrag in den vorgängen Nr. 220 (4/2017, S. 117ff.) auf die problematischen Einschränkungen der Meinungs- und Versammlungsfreiheit hingewiesen, die mit Verweis auf (vermeintlich) antisemitische Veranstaltungen stattfinden. Das Thema war auch Gegenstand eines Streitgesprächs zwischen Volker Beck und Johannes Feest bei der diesjährigen Mitgliederversammlung (s. Bericht auf S. 2). Zu der Frage, welchen Stellenwert eine kritische Auseinandersetzung mit der israelischen Politik in der Schule hat, schickte unser Mitglied Ute Müller-Heidelberg folgenden LeserInnenbrief:

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir, ein Arbeitskreis ehemaliger Lehrer/Innen der Robert-Bosch-Gesamtschule in Hildesheim, befassen uns zur Zeit mit dem Thema Antisemitismus in Deutschland und seine zunehmende Skandalisierung. Unsere Schule hat sich als UNESCO-Projektschule seit Jahrzehnten in ihrer Verantwortung, die uns insbesondere aus dem Holocaust erwächst, für die Zusammenarbeit mit Israel engagiert.

Wir legitimieren die folgende Stellungnahme deswegen aus unserer Erfahrung. Wir weisen darauf hin, dass nach unserer Einschätzung Lehrkräften die didaktische Zielsetzung und ihre Realisierung der unbedingten Erinnerung an das Morden von Juden in Deutschland während der Nazi-Zeit in unseren heutigen Schulen schwieriger geworden ist.

Grund sind nicht "die Rechten", auch nicht das naive Vergessen-Wollen. Lehrkräfte müssen den Heranwachsenden gegenüber eine Trennung zwischen unserer Geschichte und der je aktuellen Politik der israelischen Regierung kritisch vornehmen, um dem im Rahmen des Grundgesetzes von 1949 verankerten Bildungsauftrag des Schulgesetzes gerecht zu werden. Die zunehmende Gleichsetzung von Kritik an der Politik des heutigen Staates Israel mit Antisemitismus in manchen jüdischen Kreisen lockt Propagandisten des Vergessen-Sollens. Lehrkräften wird die Arbeit erschwert.

Wir bitten Sie, unsere Stellungnahme in Ihren Mitteilungen zu veröffentlichen.

Mit freundlichen Grüßen

Ute Müller-Heidelberg

<https://www.humanistische-union.de/publikationen/mitteilungen/237/publikation/kritische-auseinandersetzung-mit-der-politik-israels-als-voraussetzung-glaubwuerdiger-erziehung-und/>

Abgerufen am: 29.05.2022